



Freie und Hansestadt Hamburg

Bezirksamt Hamburg-Mitte

Bezirksamt Hamburg-Mitte - Fachamt Bauprüfung
Postfach 10 22 20 - 20015 Hamburg

Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt
Fachamt Bauprüfung
M/BP

###

Klosterwall 6 (City-Hof, Block C)
20095 Hamburg
Telefon 040 - 4 28 54 - 34 48
Telefax 040 - 42 79 - 01 54 1
E-Mail Baupruefabteilung@hamburg-
mitte.hamburg.de

Ansprechpartnerin: ###
Zimmer ###
Telefon 040 - 4 28 54 - ###
Telefax ###
E-Mail ###

GZ.: M/BP/00209/2010
Hamburg, den 13. Januar 2014

Verfahren
Eingang

Baugenehmigungsverfahren nach § 62 HBauO
21.01.2010

Grundstück
Belegenheit
Baublock
Flurstück

114-0###
01782 in der Gemarkung: St. Georg Nord

**Abbruch alter Bühnenturm und Neubau Bühnenturm, Erneuerung der Obermaschinerie,
Umbau im Theater Kirchenallee 39 (Flurstück 1782) und
Umbau im Werkstattgebäude BORGESCH 1, 8 (Flurstück 1755)**

ÄNDERUNGSBESCHEID

Nummer 9 zum Genehmigungsbescheid

über Baustelleneinrichtung vom 07.01.2014 bis zum 31.03.2014

Dieser Bescheid schließt ein:



Sprechzeiten:
Mo-Do 09.00 - 15.00 Uhr
Fr 09.00 - 12.00 Uhr

Öffentliche Verkehrsmittel:
U1 Steinstraße

Die technische Sachbearbeitung
(Bauprüfung) erreichen Sie nur nach
Terminvereinbarung

1. Erlaubnis für die Sondernutzung des öffentlichen Weges:

Ort der Nutzung: Ellmenreichstraße vor 3, auf der Fahrbahn / auf dem Gehweg / auf der Parkfläche (ruhender Verkehr)

Rechtsgrundlage: § 19 Abs. 1 HWG - Sondernutzung

Art und Zweck der Nutzung: Baustelleneinrichtung

Maß der Nutzung: insges. 175m² Position 1a)

Dauer der Nutzung: vom 07.01.2014 bis zum 31.03.2014

Ort der Nutzung: Borgesch vor 6, auf der Parkfläche (ruhender Verkehr)

Rechtsgrundlage: § 19 Abs. 1 HWG - Sondernutzung

Art und Zweck der Nutzung: 2 Baucontainer

Maß der Nutzung: insges. 30m² Position 2)

Dauer der Nutzung: vom 07.01.2014 bis zum 31.03.2014

Ausführungsgrundlagen

Bestandteil des Bescheides

- die Vorlagen Nummer

531 / 101 Lageplan mit Baustelleneinrichtung

Sie sind im Rahmen des gesetzlich geregelten Prüfungsumfanges verbindlich.
Die Grüneintragungen in den Vorlagen sind zu beachten.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid können Sie innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch schriftlich oder zur Niederschrift bei der im Briefkopf bezeichneten Dienststelle einlegen (§ 70 VwGO).

Der Bescheid umfasst auch die Nebenbestimmungen und Hinweise entsprechend der

Anlage - wegerechtliche Auflagen und Hinweise

Unterschrift

Gebühr

Über die Gebühr ergeht ein gesonderter Bescheid.

Weitere Anlagen

Anlage - Statistikangaben zur Umsetzung des HmbTG

Anlage zum Bescheid

WEGERECHTLICHE AUFLAGEN UND HINWEISE

AUFLAGEN

2. Vor Beginn der Nutzung hat sich der Erlaubnisinhaber die Fläche an Ort und Stelle von einer Person der zuständigen Wegeaufsichtsbehörde anweisen zu lassen.
3. Anordnungen von Personen der Wegeaufsichtsbehörde, der Polizei oder anderer Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben sind unverzüglich zu befolgen.
4. Diese Erlaubnis ist vor Ort auf Verlangen den Beauftragten der Wegeaufsichtsbehörde, der Polizei oder anderer Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben vorzuzeigen.
5. Änderungen sowie die Beendigung der Nutzung sind unverzüglich schriftlich bei der im Briefkopf genannten Dienststelle anzuzeigen.
6. Verkehrsteilnehmer und Anlieger dürfen durch die Nutzung nicht gefährdet, der Verkehr nicht behindert werden. Die Belange Behinderter sind zu berücksichtigen.
7. Zugänge, Zufahrten und Rettungswege sind jederzeit freizuhalten.
8. Zum Schutz der öffentlichen Wege und des Straßenverkehrs sind alle erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, insbesondere sind Baustellen gemäß den Auflagen der Straßenverkehrsbehörde abzusperren und zu kennzeichnen.
9. Im Bereich der Nutzung sind Bäume, Pflanzenbestände und Vegetationsflächen pfleglich zu behandeln und vor Beschädigungen in den ober- und unterirdischen Teilen zu schützen, erforderliche Maßnahmen sind vor Beginn der Nutzung mit der zuständigen Dienststelle abzustimmen.
10. Durch die Nutzung dürfen Einrichtungen und Sachen Dritter nicht beschädigt, verändert oder in ihrer Funktion beeinträchtigt werden. Die erforderlichen Eingriffe in Einrichtungen und Sachen Dritter sind vom Erlaubnisinhaber in eigener Verantwortung direkt mit den Dritten zu regeln. Die zuständige Wegeaufsichtsbehörde ist zu beteiligen. Gegebenenfalls entstehende Kosten sind vom Erlaubnisinhaber zu tragen und direkt an die Dritten zu zahlen.
11. Werden Arbeiten am Leitungsnetz oder Straßenbauarbeiten erforderlich, ist die dafür benötigte Fläche freizumachen. Schadenersatzansprüche können dafür nicht geltend gemacht werden.
12. Schieber-, Kanal-, und Einsteigeschächte von Leitungstrassen, Hydranten, öffentliche Verkehrs- und Beleuchtungsanlagen u. ä. müssen zugänglich bleiben.

Das Abfließen von Oberflächenwasser muss gewährleistet bleiben.
13. Der Erlaubnisinhaber hat der Freien und Hansestadt Hamburg alle Kosten zu erstatten, die ihr im Zusammenhang mit der Nutzung entstehen. Hierzu gehören

auch Entschädigungs- und Schadenersatzleistungen, welche die Freie und Hansestadt Hamburg im Zusammenhang mit der Nutzung aufgrund einer Rechtspflicht erbringen muss.

14. Baustellen und Einrichtungsflächen sind durch geeignete Maßnahmen vor Beschädigungen und Verschmutzungen zu schützen.
15. Die Baustelleneinrichtungsflächen dürfen nur den unbedingt benötigten Umfang des öffentlichen Grundes belegen.
Das Abstellen von Fahrzeugen, insbesondere von PKW der bauausführenden Mitarbeiter, auf der überlassenen Fläche ist nicht zulässig.
16. Der Erlaubnisinhaber hat dafür zu sorgen, dass alle Sondernutzungen, die von den vor Ort beschäftigten Gewerken ausgehen, innerhalb der Baustelleneinrichtungsfläche stattfinden. Das gilt insbesondere für die Auf- bzw. Bereitstellung von Mannschaftsunterkünften.
17. Nicht mehr benötigte Flächen sind zu räumen und zurückzugeben. Dies gilt insbesondere, wenn aus öffentlich-rechtlichen oder nachbarschaftsrechtlichen Gründen ein Interesse an einer möglichst kurzzeitigen Nutzung besteht.
Diese Verpflichtung besteht auch dann, wenn sich auf den zu räumenden Flächen feste bauliche Einrichtungen (wie z.B. Baucontainer, Betonmischanlagen, Kräne, Elektro-, EDV- und andere Leitungsanlagen etc.) befinden.
18. Die Bauarbeiten sind zügig durchzuführen. Bei einer nicht witterungsbedingten, längerfristigen Stilllegung der Arbeiten kann die Erlaubnis ohne Anspruch auf Entschädigungsleistungen widerrufen werden.
19. Die Baustelleneinrichtung ist in stets ordentlichem und verkehrssicherem Zustand zu halten.
20. Der Bauzaun darf nicht im Wegekörper verankert werden. Die Bauzaunfüße dürfen nicht in den Gehweg oder in die Fahrbahn hineinragen.
21. Die für die Beschickung der Baustelle benutzten öffentlichen Wegeflächen sind vom Erlaubnisinhaber durch geeignete Maßnahmen von Baustellenschmutz zu säubern.
22. Die Winterreinigung auf den für den Fußgängerverkehr vorgesehenen Wegeflächen im Bereich der Baustelle ist gemäß den Vorschriften des HWG durchzuführen.
23. Der Erlaubnisinhaber hat die Anbringung von Hinweisen auf andere Anlieger am Bauzaun zu dulden, wenn die Verwaltungsabteilung dies zur Abwendung oder Milderung wirtschaftlicher Beeinträchtigungen für erforderlich hält.
24. Der Ablauf des anfallenden Regen- oder Schmelzwassers ist durch geeignete Maßnahmen zu gewährleisten.
25. Ein zu errichtender Ersatzgehweg ist mit einem Belag zu versehen, der die Gefährdung von Passanten (Ausrutschen, Stürzen) bei Glätte, Nässe bzw. Eis und Schnee verhindert. Weiterhin sind Maßnahmen zu treffen, die eine dauerhafte Abstumpfung der Ersatzgehwegfläche gewährleisten (Streumittel, Aufräumung, Reinigung, Kontrolle o.ä.). Die Auswahl der Mittel und die Ausführung der o.a. Maßnahmen sind mit dem zuständigen Straßenbaurevier abzustimmen.

26. Die Benutzungsgebühren sind so lange zu entrichten, bis eine schriftliche Meldung über die Beendigung der Nutzung vorliegt.
27. Nach Beendigung der Baumaßnahmen ist mit dem zuständigen Straßenbaurevier ein Abnahmetermin zu vereinbaren.
Sollten sich innerhalb der beantragten Flächen Werbetafeln o.Ä. von den Firmen JC Decaux (Tel. 736 04 40) oder Ströer (Tel. 53 200-0) befinden, ist entsprechend Kontakt aufzunehmen. Sollte eine temporäre Versetzung notwendig sein, erfolgt dies auf Kosten des Erlaubnisinhabers. Die Sichtachse der Litfaßsäulen, Werbetafeln etc. darf nicht beschränkt werden.
Sollte durch das Bauvorhaben die Bewirtschaftung/Erreichbarkeit eines Depotcontainers der Stadtreinigung nicht mehr gewährleistet sein, ist Kontakt zu Frau Heuer (Tel. 2576-2033), Stadtreinigung, aufzunehmen. Sämtliche Kosten, auch für eine evtl. notwendige temporäre Versetzung des Depotcontainers, trägt der Erlaubnisinhaber.

Anlage

STATISTIKANGABEN ZUR UMSETZUNG DES HmbTG

Dieser Bescheid wird im Hamburger Informationsregister veröffentlicht (§ 3 Abs. 1 Nr. 13 HmbTG). Vor der Veröffentlichung werden persönliche Daten aus dem Dokument entfernt.

Für das Informationsregister wird der Bescheid um folgende Angaben ergänzt:

Art der Baumaßnahme: Änderung

Art des Gebäudes nach künftiger Nutzung: Nichtwohngebäude